



dbb unter neuer Führung

Im November 2017 wählten die Delegierten eine neue Bundesleitung. Anders als in der Politik, wo noch immer eine geschäftsführende Bundesregierung amtiert, schreitet der Deutsche Beamtenbund bereits zur Tat.

Mit dem neugewählten Bundesvorsitzenden Ulrich Silberbach kommt ein Nichtbeamter an die Spitze, der die Einigkeit der Statusgruppen nachhaltig und machtvoll vertreten wer-

de, so betonte er es in seiner Vorstellungrede.

Einigkeit unter dem Dach des Beamtenbundes ist Voraussetzung, um die kommenden berufspolitischen Herausforderungen meistern zu können.

Der Gewerkschaftstag des dbb beamtenbund und tarifunion hat neben der Wahl einer neuen Bundesleitung auch die inhaltlichen Weichen für die ►



© Friedhelm Windmüller (6)

> Der Herausforderer Ernst. G. Walter



> Prominente Gäste auf dem Gewerkschaftstag des dbb



> Werbung für den öffentlichen Dienst



> Bundesvorsitzender Ulrich Silberbach mit LV Olaf Knöpken



> Blick in den Sitzungssaal

Impressum:
 Landesgeschäftsstelle
 Hollstraße 13
 18273 Güstrow,
 Tel.: 03843.682301
 Fax: 03843.682303
 www.dpolg-mv.de
 V.i.S.d.P.: Olaf Knöpken



nächsten fünf Jahre gestellt. Verabschiedet wurde unter anderem ein Leittrag Sicherheit, der der Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit eine herausragende Rolle beimisst. „Ohne die Durchsetzung von Sicherheit, Recht und Ordnung ist freiheitliches Leben in einer offenen Gesellschaft nicht vorstellbar“, heißt es im Leittrag. Gefordert wird, die Sicherheitsbehörden und die Justiz in die Lage zu versetzen, technisch und personell wirksam Informationen zu gewinnen, und gegen Kriminalität, gegen terroristische und extremistische Bedrohungen und Cyber-Attacken vorzugehen.

Der Staat ist außerdem aufgefordert, seine Beschäftigten zu schützen. „Das fängt beim strafrechtlichen Schutz an, geht über zivilrechtliche Unterstützung in Schadenersatzfällen und erstreckt sich auf eine Anpassung des Arbeitsschutzes.“

Laufenden Anpassungsbedarf sieht der dbb beim Zusammenspiel der Sicherheitsbehörden in Bund und Ländern sowie auf europäischer und internationaler Ebene. Eine engere Verzahnung, wirksame Informationssteuerung und verbesserter Datenaustausch stehen an erster Stelle der erforderlichen Maßnahmen.

(Quelle: DPoIG Bund)



> Auch die Stiftung präsentierte sich vor Ort.

Landesregierung und Gewerkschaften regen Änderungen beim Landesbesoldungsgesetz an

Der dbb m-v, der DGB sowie das Finanzministerium haben abschließend über die Konsequenzen aus dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Beamtenbesoldung im Freistaat Sachsen gesprochen und sind zu einer Einigung gekommen.

Die dem Land entstandenen Minderausgaben sollen nun für die langfristige Sicherung der Pensionsausgaben sowie für Anpassungen im Rahmen der laufenden Besoldungsgesetzgebung genutzt werden. Die Gewerkschaften sehen das Land in einer politischen Verantwortung und forderten, den entstandenen Vorteil wieder auszugleichen. Die Landesregierung vertritt hingegen die Auffassung, dass das Urteil keine Rechtswirkung für das Land Mecklenburg-Vorpommern entfaltet. Gleichwohl erklärt es sich bereit, die seinerzeitigen Personalminderausgaben in Höhe von 44 Millionen Euro insbesondere für die Sicherung künftiger Pensionen einzusetzen. Der größte Teil der Summe soll nun genutzt werden, um weitere Jahrgänge in den Versorgungsfonds aufzunehmen. Bislang hat das

Land für jeden seit 2008 in den Landesdienst getretenen Beamten in diesen Fonds eingezahlt, damit die späteren Pensionen den Landeshaushalt nicht mehr belasten.

Zukünftig sollen bereits die Pensionen der Beamtenjahrgänge ab 2005 aus diesem Fonds gedeckt werden. Hierfür stehen nun 37,5 Millionen Euro zur Verfügung. „Trotz unterschiedlicher Auffassungen“, so Finanzminister Mathias Brodkorb, „hatten wir konstruktive Gespräche. Besonders freue ich mich, dass die Landesregierung mit dieser Verständigung der Forderung des Landtages nachkommen kann, schrittweise weitere Beamtenjahrgänge in den Versorgungsfonds einzubeziehen. Das begrenzt die Haushaltsbelastung durch Pensionen und schafft die Voraussetzung, Investitionen und Leistungen für die Bürgerin-

nen und Bürger auch zukünftig auf hohem Niveau zu halten.“ Die verbleibende Summe in Höhe von 6,5 Millionen Euro soll genutzt werden, um auch im Jahr 2017 eine wirkungsgleiche Anpassung der Besoldung an die Tarifsteigerung der Angestellten zu erreichen. Das würde bedeuten, dass die 22.000 betroffenen Beamtinnen und Beamten im Land im kommenden Jahr voraussichtlich zum 1. März kommenden Jahres mit einer Einmalzahlung in Höhe von 9,35 Prozent einer Monatsbesoldung rechnen können. Eine entsprechende Änderung soll dem Gesetzgeber vorgeschlagen werden.

„Anlass der Gespräche“, erläutert der Landesvorsitzende des dbb, Dietmar Knecht, „war die Rechtsprechung aus Karlsruhe zur Ost-West-Anpassung der Besoldung in 2008/2009. Hier

haben wir auf einen Ausgleich für die damals betroffenen Beamten gedrängt. Das Land hat dies mit dem Verweis auf die aus seiner Sicht eindeutige Rechtslage zurückgewiesen. Der jetzige Kompromiss ist jedoch ein Zeichen der Anerkennung für die Beamtinnen und Beamten in Mecklenburg-Vorpommern.“

Uwe Polkaehn, Vorsitzender des DGB Nord: „Mit der nun auch zeit- und wirkungsgleichen Übernahme des Tarifergebnisses für 2017 ist uns politisch ein wichtiges Signal gelungen. Die damit verbundene Ausgleichszahlung ist auch ein Beitrag zur Gleichstellung von Tarifbeschäftigten und Beamten. Der Kompromiss greift die bestehende Einigung zur künftigen Besoldungspolitik auf. Nun kommt es auf eine zeitnahe Umsetzung an.“



dbb mecklenburg-vorpommern fordert den Stopp weiteren Personalabbaus im Land

Weiterer Personalabbau im öffentlichen Dienst gefährdet Bürgernähe und Demokratie

„Wir sind beim Personalabbau im öffentlichen Dienst bereits über das Zumutbare hinaus“, sagte der dbb Landesvorsitzende Dietmar Knecht auf der Fraktionsklausur der Landtagsfraktion der Partei „Die Linke“ in Banzkow, „dennoch nimmt die Landesregierung nach wie vor die von uns skizzierten Warnungen leider nicht ernst genug. Ein weiterer Personalabbau gefährdet die immer wieder in den Vordergrund gehobene Bürgernähe, unser soziales Gefüge und damit die Demokratie“.

Die Beobachtungen der letzten Zeit zeigten, dass der öffentliche Dienst oft an seinen Handlungsgrenzen angelangt sei. Die Landesverwaltung Mecklenburg-Vorpommern und die Kommunen müssten ausreichend Personal und auch technische Ausstattung erhalten. Die anstehenden Herausforderungen könnten gerade mit Blick auf Integration nicht mit Überstunden



> dbb Landeschef Dietmar Knecht

und einigen neuen, meist befristeten Einstellungen gelöst werden. Ohne künftige Personalabgänge zu berücksichtigen, fehlten bereits jetzt beispielsweise im Bereich Bildung und Erziehung 500 Beschäftigte. Aber nicht nur der Bereich Bildung sei betroffen, auch im Bereich Sicherheit und Ordnung fehlten Hunderte Stellen, mehr als 1100 offene Haftbefehle landesweit sprechen ihre eigene Sprache, betonte Knecht. Hinzu kämen weitere Lücken im Bereich der Einnahmeverwaltung, im öffentlichen Gesundheitsdienst und der allgemeinen Verwaltung.

„Durch ungenügende Neueinstellungszahlen, hohe Krankenzustände und starke Altersabgangszahlen in den nächsten Jahren fehlen uns qualifizierte Mitarbeiter“, so Knecht, „wir brauchen mehr Personal, mehr Perspektiven und das muss schnell passieren, bevor der Arbeitsmarkt insbesondere bei Polizei und Bildung leergefegt ▶

> Köln

Die „Herausforderung Rechtsstaat“ steht am 23. November an der Universität zu Köln zur Debatte. Und schon im Vorfeld der Veranstaltung der Juniorprofessur Strafrecht wird kontrovers diskutiert: Zu einem Vortrag über das Thema eingeladen wurden Rainer Wendt, Vorsitzender der deutschen Polizeigewerkschaft, sowie Professor Ulrich Sommer, Strafverteidiger und Lehrbeauftragter an der Uni. In einem offenen Brief an die Hochschule wenden sich einige Kölner Studierende und Gruppen wie campus-grün, Antifa und Schüler gegen Rechts gegen den öffentlichen Auftritt Wendts und werfen ihm „rechtspopulistische Thesen“ und „grundrechtsfeindliche Forderungen“ vor. Das Aktionsbündnis „Köln gegen Rechts“ schließt sich dem Appell an, „dass Rainer Wendt keine Bühne an der Universität zu

Köln geboten wird und die Veranstaltung mit ihm abgesagt wird“.

Herausforderung Rechtsstaat

Obwohl mit Professor Sommer ein Diskussionspartner eingeladen werde, der „die nicht belegbaren, populistischen Thesen Rainer Wendts kritisch kommentieren soll“, solle man dem Polizeigewerkschafter kein Plenum bieten, heißt es im offenen Brief. „Die Universität zu Köln ist ein Ort des freien Wortes“, unterstreicht dagegen die Hochschule. „Auch wenn man seine Positionen kritisch sehen kann, hat Rainer Wendt als Bundesvorsitzender der Polizeigewerkschaft ein öffentliches Amt inne.“ Die Veranstaltung der Juniorprofessur für Strafrecht am Donnerstag um 18.30 Uhr in der Aula 2 (Hauptgebäude) diene dazu, miteinander zu diskutieren –

„und für einen Austausch dieser Art ist eine Universität der richtige Ort. Solange bei der eingeladenen Person keine Straftat oder Verfassungswidrigkeit vorliegt, werden wir daher keine Selbstzensur vornehmen“.

Juniorprofessorin Dr. Elisa Hoven unterstreicht, Anliegen der Veranstaltung sei ja gerade eine kritische, vertiefte Auseinandersetzung etwa mit seinen Positionen zu Strafverfolgung und Strafjustiz. Sie kenne sein Buch und Talkshow-Auftritte, finde einige Thesen „mehr als diskussionswürdig“. Nun stelle er sich (ohne Honorar) dem Publikum. Hoven lädt ein, hart in der Sache zu diskutieren – und sachlich respektvoll im Umgang zu bleiben.

(Quelle: <https://www.rundschau-online.de/28931812> ©2017)



sein wird. Fachkräfte fallen nicht von den Bäumen“.

Auch über eine den Aufgaben entsprechende Personalausstattung hinaus fordert der dbb m-v von der Landespolitik weitere konkrete Taten: einen dauerhaften Ausbau der Ausbildungskapazitäten im öffentlichen Dienst, eine nachhaltige Verbesserung der Auszubildendenvergütung, den Ausschluss sachgrundloser Befristungen von Arbeitsverträgen, flexible Lösungen bei Eintritt in den Ruhestand beziehungsweise in die Rente, ein Investitionsprogramm öffentliche Infrastruktur, die Verbesserung der IT-Ausstattung in der Verwaltung und auch wirksame Schritte zum Bürokratieabbau.

(Quelle: dbb m-v)

Geburtstage im Januar/Februar 2018

Da diese Ausgabe des Polizeispiegels eine Doppelausgabe ist, gratulieren wir zunächst den Geburtstagskindern, die bereits im Januar ihren Ehrentag feierten.

Ein Jubiläum begingen im Januar die Kollegen:

Daniel Weiß
Hartmut Lück
Dirk Giese

Im Monat Februar feiern:

Bernd Weiß
David Wunderlich
Dirk Seifert

einen runden Geburtstag.

Wir übermitteln allen Geburtstagskindern die herzlichsten Glückwünsche, verbunden mit viel Schaffenskraft im neuen Lebensjahr und natürlich beste Gesundheit.

Der Landesvorstand und die Kreisverbände

> Klartext



> Bundeskanzlerin Angela Merkel mit dem Bundesvorsitzenden Rainer Wendt

Die Zuwanderung von mehr als eineinhalb Millionen Ausländern über das Asylsystem hat zu einem spürbaren Anstieg von Gewalttaten geführt. Das ist das Ergebnis einer vom Kriminalwissenschaftler Christian Pfeiffer geleiteten Studie im Auftrag des Bundesfamilienministeriums, die sich besonders auf die Lage in Niedersachsen bezieht. DPoIG-Bundesvorsitzender Rainer Wendt sagte dazu gegenüber der WELT: „Es ist schlicht naiv, jeden Monat 15 000 Migranten unerlaubt einreisen zu lassen, darunter die Mehrheit ohne jedes Identitätsdokument, und sich dann zu wundern, dass darunter auch viele Straftäter sind. Die Zeche für die Naivität der Politiker zahlen die Kriminalitätsoffer.“

Laut Kriminalstatistik stieg die Zahl der polizeilich registrierten Gewalttaten in Niedersachsen zwischen 2014 und 2016 um 10,4 Prozent. Während die Zahl der Tatverdächtigen mit deutschem Pass über die letzten Jahre um 0,9 Prozent zurückgegangen ist, gab es bei Ausländern einen Anstieg um zehn Prozent.

(Quelle: WELT)

> Die DPoIG trauert um ein prominentes Mitglied



> GSG9-Kommandeur Wegner ist tot.

Der frühere GSG9-Kommandeur, der in die bundesrepublikanische Geschichte als der „Befreier“ der entführten Lufthansa-Maschine Landshut 1977 im somalischen Mogadischu einging, ist im Alter von 88 Jahren gestorben. DPoIG-Bundesvorsitzender Rainer Wendt würdigte ihn als Menschen und Kollegen, der während seiner Dienstausübung im entscheidenden Moment Mut und Entschlossenheit gezeigt hat.

Unter Wegeners Leitung hatte die Spezialeinheit der Bundespolizei im Oktober 1977 die von palästinensischen Terroristen gekaperte Lufthansa-Maschine „Landshut“ im somalischen Mogadischu gestürmt und mehr als 80 Geiseln befreit.

Diese war auf dem Weg von Palma de Mallorca nach Frankfurt am Main entführt worden. Drei der vier Entführer wurden getötet, eine Entführerin überlebte den Einsatz der Spezialeinheit schwerverletzt.

Die Entführer wollten mit der Aktion auf dem Höhepunkt des „Deutschen Herbstes“ inhaftierte Terroristen der Rote-Armee-Fraktion freipressen.

(Quelle: DPoIG-Bund)